

Antrag

**der Abgeordneten Bernd Reinert, Lars Dietrich, Frank-Thorsten Schira,
Hans-Detlef Roock, Karen Koop (CDU) und Fraktion**

**der Abgeordneten Michael Neumann, Jürgen Schmidt, Gesine Dräger,
Ingo Egloff, Dr. Martin Schäfer (SPD) und Fraktion**

**der Abgeordneten Christa Goetsch, Dr. Verena Lappe, Christian Maaß,
Claudius Lieven, Katja Husen (GAL) und Fraktion**

Betr.: Allianz für Olympische Sommerspiele und Paralympics in Hamburg

Die Olympischen Sommerspiele und Paralympics 2016 werfen bereits ihren Schatten voraus. In naher Zukunft wird der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) entscheiden, ob Deutschland erneut in den Wettstreit um die Austragung der Spiele für 2016 oder auch 2020 und 2024 tritt. Hamburg befürwortet eine deutsche Bewerbung und steht als Stadt und Region für eine mögliche Durchführung bereit.

Das Konzept der „City Olympics“ aus dem Jahre 2001, der Spiele im Herzen der Stadt, erhielt bereits im Zuge der Entscheidung für 2012 große öffentliche und fachliche Anerkennung und hat an Attraktivität nicht verloren. Es ist weiterhin ein hervorragendes und chancenreiches Konzept, das sowohl die nationalen, als auch die internationalen Auswahlkriterien für die Bewerbung der Olympischen Sommerspiele erfüllt.

Für den Erfolg Hamburgs im nationalen Ausscheidungsverfahren „Olympia 2016“ bedarf es eines großen Engagements aller Beteiligten. Bei der Weiterentwicklung des Bewerbungskonzepts ist es wichtig, die Aktivitäten und die Kreativität der Menschen in Hamburg einzubinden. Denn diese zeigen immer wieder große Begeisterung für den Sport und für die vielen Hamburger Sportveranstaltungen. Zuletzt konnte Hamburg seine Qualitäten als Gastgeber während der Fußball-WM in Deutschland unter Beweis stellen.

Aber auch die Hamburgische Bürgerschaft, Senat, Wirtschaft und Gewerkschaften, der Hamburger Sportbund mit seinen Verbänden und Vereinen, Kirchen und Hamburger Medien – sie alle stehen hinter der Olympischen Bewegung, dem Hamburger Bewerbungskonzept und einer möglichen Kandidatur als Austragungsort.

Diese „Allianz für Olympia“ muss mit Leben gefüllt werden. Denn es werden langer Atem, Teamgeist und kreative Ideen – über das bereits vorliegende Hamburger Konzept hinausgehend – notwendig sein, um im nationalen und internationalen Vergleich erfolgreich zu sein, wenn die Entscheidung des DOSB für eine deutsche Bewerbung ausfallen wird. Dabei hofft die Hamburgische Bürgerschaft im Interesse einer langfristig angelegten Strategie auf eine Bewerbung bereits für das Jahr 2016.

Die Bürgerschaft möge beschließen:**Der Senat wird gebeten,**

1. im Falle einer deutschen Bewerbung um die Austragung der Olympischen Spiele und Paralympics 2016, 2020 oder 2024, das Interesse Hamburgs als Austragungsort gegenüber dem DOSB nachhaltig zu bekunden.
2. das Konzept der City Olympics in Hinblick auf aktuelle Anforderungen weiterzuentwickeln.
3. bei der Überarbeitung des Bewerbungskonzepts eine Anpassung der Flächenplanung vorzunehmen, die ein notwendiges Freihalten von Flächen für eine mögliche Austragung der Olympischen Spiele zwischen 2016 und 2024 (ggf. 2028) vorsieht, ohne die Entwicklung der HafenCity zu hemmen.
4. bei der Anpassung des Konzepts Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung zu Grunde zu legen und das Nachhaltigkeits- und Umweltkonzept der Bewerbung an zukunftsorientierte Entwicklungen sowohl innerhalb der olympischen Bewegung als auch in der fachlichen Diskussion anzupassen. Die Nachnutzung der olympischen Stätten eröffnet langfristige Perspektiven zur Stärkung dieses Quartiers im Herzen der Stadt und für Hamburg als Metropole insgesamt.
5. zur Stärkung der Hamburger Position bei der Bewerbung für die Olympischen Spiele die Sportstadt Hamburg durch gezielte – und öffentlich beworbene – Initiativen und Maßnahmen in den Bereichen von Breiten- und Leistungssport voranzubringen.
6. die Entwicklung einer Olympischen Idee, die Hamburg in einem möglichen Bewerbungsverfahren kennzeichnet und von anderen Konzepten abheben könnte, durch ein Symposium voran zu treiben.
7. mit Verantwortlichen der Landesregierungen von Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein Gespräche über eine mögliche Teilhabe an einer Hamburger Bewerbung und deren Unterstützung zu führen.
8. bei allen Planungen eng mit den Fraktionen der Hamburgischen Bürgerschaft zu kooperieren und sie an den Planungen sowie insbesondere am Symposium zu beteiligen.